

An die Mitglieder des Magistrats
und die Stadtverordneten der
Stadt Homberg

Homberger Bürgerinnen und Bürger gegen den
Weiterbau der A49

HombergergegendieA49@web.de

21. Februar 2021

Offener Brief - Homberger Bürgerinnen und Bürger gegen den Weiterbau der A49

Sehr geehrte Mitglieder des Magistrats,
sehr geehrte Stadtverordnete,

wir Homberger Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass unsere Heimatstadt Homberg und unsere Dörfer Appenrod, Dannenrod, Maulbach, Erbenhausen, Ober-Ofleiden und Nieder-Ofleiden nur so lebenswert bleiben wie sie jetzt sind, wenn der Bau der A49 verhindert wird!

Bevor wir zu den Gründen kommen, warum wir dieser Meinung sind, möchten wir voraus schicken, dass wir ihr Engagement sich als Stadtverordnete und Magistratsmitglieder ehrenamtlich für unsere Gemeinde einzusetzen hoch achten und anerkennen.

Durch Beauftragung eines Fachanwalts für Verwaltungsrecht und Feststellungen von Versäumnissen in der Vergangenheit, werden die negativen Auswirkungen für die Stadt Homberg immer deutlicher.

Die Stadt Homberg hat nach ihrer Zustimmung zum Bau der A49 VKE 40 im folgenden Planfeststellungsverfahren eine Stellungnahme zur A49 abgegeben. Die Bedenken und Forderungen der Stadt Homberg fanden jedoch im Planfeststellungsbeschluss keine Berücksichtigung.

Folgende Punkte hätten als Einwendungen unbedingt geltend gemacht und berücksichtigt werden müssen:

1.) Ein Beweissicherungsverfahren für alle Straßen der Stadt Homberg, die beim Bau der A49 in Anspruch genommen werden, damit eventuelle Schäden auch wieder komplett ausgeglichen werden.

2.) Das Problem, dass beim Auftreffen der A49 auf die nur 4-spurige A5 Staus vorprogrammiert sind, war vorzusehen. Hier wäre eigentlich ein 6-spuriger Ausbau der A5 zu fordern gewesen. Die DEGES hat als Auskunft auf die Frage nach Staus immer betont, bei der Planung der A49 kämen Staus nicht vor. Eine neue Studie im Bundesverkehrswegeplan 2030 geht beim Auftreffen der A49 auf die A5 von einer starken Zunahme der Verkehrsbelastung bis zum Reiskirchener Dreieck aus. Dabei sei die Verkehrskapazitätsgrenze auf diesem Teilstück schon heute deutlich überschritten. Im Klartext bedeutet das, die Strecke bis zum Reiskirchener Dreieck wird ein Dauerstau. Darauf haben die Kritiker der A49 schon jahrelang hingewiesen.

Was dies an zusätzlicher Verkehrsbelastung zu den sowieso schon 227% Mehrbelastung für Homberg in der Berliner Straße und die umliegenden Orte bedeutet, mag man sich lieber nicht vorstellen.

3.) Die Forderung, ein Lärmschutz- und Feinstaubgutachten für die gesamte Trassenführung im Stadtgebiet von Homberg und eine Verpflichtung, Belastungen daraus zu minimieren, wurde ebenfalls nicht gestellt. Außerdem wäre zu verlangen gewesen, dass während der Bauzeit alle Vorschriften des Emissions- und Lärmschutzgesetzes jederzeit zu beachten sind.

4.) Zu fordern wäre ebenfalls gewesen, eine Herabstufung von Landes- und Kreisstraßen zu Innerortsstraßen zu verhindern und wenn dies nicht möglich ist, die auf die Stadt zukommenden zusätzlichen Belastungen dauerhaft auszugleichen.

5.) Die Stadt hat keine Beweissicherung zu Veränderungen und Qualität des Wassers an den Brunnen 1, 2 und 3 und eine Beteiligung am ergänzenden Verfahren zur Prüfung des Einhaltens der Wasserrahmenrichtlinie veranlasst.

All das ist nicht geschehen und nun soll durch Einschalten eines Fachanwaltes für Verwaltungsrecht noch etwas repariert werden, obwohl die Einwirkungsmöglichkeiten gegen einen genehmigten Planfeststellungsbeschluss beinahe bei Null liegen.

Nicht nur die A49 belastet die Anwohner. Auch eine Tank- und Rastanlage, eine Park- und WC-Anlage, sowie ein riesiger LKW Parkplatz sind an der Trasse im Gemeindegebiet der Stadt Homberg geplant, zusätzlich zur Auf- und Abfahrt und einem Gewerbegebiet.

Unsere Bürgermeisterin sagte in der Alsfelder Allgemeinen Zeitung (12.09.2020): „Die große Mehrheit befürwortet die A49“. Soweit wir uns erinnern, hat zu diesem Thema niemals eine Bürgerversammlung bzw. Bürgerbefragung stattgefunden. Woher also diese Aussage?

Auch die Aussage, dass die Autobahn einen Aufschwung für Homberg bedeute ist nicht zu belegen. Dann müsste Alsfeld mit zwei Autobahnanschlüssen das Zentrum der deutschen Industrie und Stadtallendorf eine Industriebrache sein. Dazu gibt es verschiedene empirische Untersuchungen die belegen, dass Autobahnanschlüsse eher zu einer Entleerung als zu einer Bevölkerungszunahme der betreffenden Regionen führen.

Zur ersten Vorstellung des Gutachtens zum geplanten Gewerbegebiet war eine breite Öffentlichkeit eingeladen. Es war zu erkennen, dass sich die Hoffnungen der Homberger Parlamentarier nicht erfüllen würden. Die Aussagen der Gutachter waren, dass sich eher keine neuen hochwertigen Arbeitsplätze ansiedeln werden. Lediglich heimische Betriebe mit Erweiterungswünschen sowie Logistikunternehmen kämen als Interessenten in Frage. Hier hätte das Projekt schon in Frage gestellt werden können, um Schaden von Homberg abzuwenden.

Die Attraktivität einer Kommune bemisst sich in Zeiten von Homeoffice und Digitalisierung daran, dass außer unzerstörter Natur zum Erholen, eine sehr gute digitale Infrastruktur, eine gute Anbindung an den ÖPNV, eine gute Versorgungsstruktur für die Güter des täglichen Bedarfs, eine gute ärztliche Versorgung, sowie zukunftsfähige Arbeitsplätze vorhanden sind.

Deutschland hat das Pariser Klimaabkommen von 2016 unterzeichnet und 2019 ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Demnach soll bis 2030 der CO₂ Ausstoß im Verkehrssektor um 42% reduziert werden. Auch Kommunen sind dazu angehalten sich beim Erreichen dieser Ziele zu beteiligen. Der Bau der A49 VKE 40 passt absolut nicht zu diesen Zielen.

Die A49 überquert mit einer Autobahnbrücke Trinkwassergewinnungsanlagen im Gleental und gefährdet damit Trinkwasser für bis zu 500.000 Menschen. Die Pfeiler der Brücke im Gleental werden 30 Meter in das Trinkwassergewinnungsgebiet eingebracht, deshalb sprechen die Mittelhessischen Wasserwerke von einer Operation am offenen Herzen.

Durch das Abholzen von ca. 100ha gesundem, ökologisch bewirtschaftetem Wald, der als Grundwasser- und CO2 Speicher unverzichtbar ist, wird die Umwelt massiv geschädigt. Die Zement- und Stahlproduktion, die für den Bau von Autobahnen unerlässlich ist, bringt mehr CO2 in die Atmosphäre als der Verkehr.

Nicht umsonst verlangt der UN-Generalsekretär Guterres von allen Ländern die Ausrufung eines weltweiten Klimanotstandes. Ein Faktum ist nicht zu leugnen: Unser zukünftiges Wirtschaften wird im Einklang mit der Natur stehen und CO2 neutral sein müssen. Wenn wir das realisieren können, werden wir auch in Zukunft noch Arbeitsplätze haben, andernfalls wird uns die Entwicklung überholen und unser Land wird deindustrialisiert werden.

Mit dem Klima kann man nicht verhandeln, genauso wenig wie mit dem Corona Virus, nur die Auswirkungen werden deutlich schlimmer sein!

Sie, als jetzige und zukünftige Stadtverordnete und Magistratsmitglieder müssen abwägen, ob Sie bei allen beschriebenen Nachteilen für unsere Stadt und das Klima, den Weiterbau der A49 VKE 40 weiterhin befürworten. Der Schaden für die Stadt Homberg und ihre Bürgerinnen und Bürger könnte durch ökologisch sinnvollere und günstigere Alternativen („Planfall 2“, „Dannenröder Appell“) abgewendet werden.

Wir möchten Sie dazu ermuntern, sich für diese Alternativen einzusetzen und die Zustimmung zum Weiterbau der A49 VKE40 zurückzuziehen!

Die Homberger Bürgerinnen und Bürger gegen den Weiterbau der A49: